Jugendmedienschutz – ein einheitlicher Ansatz für die vernetzte Jugend Europas

Die Nutzung von Smartphones und sozialen Medien gehört fest zum Alltag von Jugendlichen. Laut einer Forsa-Umfrage[1] der Kaufmännischen Krankenkasse Hannover nutzen rund **85 Prozent der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland Social Media mehrmals täglich** – nach eigenen Angaben hauptsächlich, um sich auszutauschen und sich mit Freunden zu verabreden.

Zurecht wird eine globale Debatte geführt, wie Kinder und Jugendliche bestmöglich im Netz geschützt werden können. Anbieter von Apps, die von Jugendlichen genutzt werden, entwickeln deshalb laufend neue Produkte, die genau dazu beitragen – wie zuletzt die Teenager-Konten von Instagram. Zusätzlich sind über die letzten Jahre verschiedene neue Gesetze und Gesetzentwürfe vorgestellt worden, die die Nutzung und den Zugang zu Technologien von Jugendlichen klarer regeln sollen. Diese stellen mitunter sehr verschiedene Ansätze dar: In Australien besteht nun ein gänzliches Social Media Verbot für Jugendliche –ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention und das Recht auf Teilhabe für Jugendliche, so die deutsche Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz[2]

Die Realität einer global vernetzten Jugend muss durch ein regulatorisch einheitliches Fundament gestützt werden. Gerade in Europa haben wir derzeit eine wichtige Chance der Fragmentierung von Regelungen im Jugendschutz entgegenzuwirken. Die Mitgliedstaaten sollten sich für eine **EU-einheitliche Regelung** einsetzen, statt mit nationalen Alleingängen den digitalen Binnenmarkt zu fragmentieren. Der Digital Services Act (DSA) deckt zwar mit Artikel 28 den Jugendschutz grundsätzlich ab, weist aber ein **Regelungsdefizit für eine effektive Altersverifizierung im Netz auf.** Eine industrieweite Lösung zur Alterserkennung ist aber unabdingbar für effizienten Jugendschutz und sollte zwei Grundprinzipien berücksichtigen:

- **Altersverifikation an der Schlüsselstelle**: Sinnvoll und datensparsam für Nutzer, Eltern und Anbieter ist eine **transparente Altersfeststellung auf der Betriebssystem- oder App Store Ebene**. Dann muss das Alter **nur einmal an einer zentralen Stelle** erhoben werden, statt jegliche App mit sensiblen Daten zu befüllen. Viele Mitgliedstaaten stimmen diesem Ansatz bereits zu, darunter auch Deutschland: die aktuell bearbeitete Novelle des Jugendmedienschutz Staatsvertrages (JMStV) nimmt ebenfalls die Betriebssysteme in die Pflicht: Sie sollen eine Jugendschutzvorrichtung **zu Beginn der Gerätenutzung** bereitstellen, für die auch das Nutzer-Alter erhoben wird.
- **Einheitliche Europäische Lösung:** Solche Ideen verfehlen allerdings ihre Wirkung, wenn sie auf nationaler Ebene umgesetzt werden und durch das Herkunftslandprinzip global aktive Anbieter nicht betreffen. Eine europäische Lösung in Form eines verbindlichen Gesetzes zur Altersverifikation – in Kombination mit den vielseitigen Angeboten der App-Anbieter für altersgerechte Online-Erlebnisse – sind der Schlüssel, um junge Menschen nachhaltig und effektiv im Netz zu schützen.

---

[1] *Forsa Umfrage (10.24.): "Jeder fünfte Jugendliche Mobbingopfer. KKH: Medienkompetenz ist Gesundheitskompetenz"*

[2] *BzKJ (12.24): "Debatte um Social-Media-Verbot: Junge Menschen haben ein Recht auf digitale Teilhabe"*